ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nierhaus, Wolfgang

Article

Konjunkturperspektiven 2002/2003

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2002) : Konjunkturperspektiven 2002/2003, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 09, Iss. 4, pp. 6-17

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169645

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Konjunkturperspektiven 2002/2003[1]

Talfahrt ist zu Ende

Der weltweite Abschwung, der Mitte 2000 in Nordamerika begonnen hatte und, zeitlich versetzt und in unterschiedlichem Ausmaß, alle Regionen der Welt ergriffen hatte, ist zu Ende. Seit Jahresanfang 2002 legt die Weltproduktion wieder zu, befördert von der Geldpolitik, die nahezu überall anregend wirkt. In den USA ist die Finanzpolitik zudem auf einen extrem expansiven Kurs eingeschwenkt. Hier zog die gesamtwirtschaftliche Produktion, die im Gefolge der Anschläge vom 11. September kurzfristig gesunken war, bereits im vierten Quartal 2001 wieder spürbar an. Japan fand aus der tiefsten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg heraus; die asiatischen Schwellenländer hatten die konjunkturelle Talsohle bereits Ende 2001 durchschritten. Selbst in Lateinamerika scheint der Tiefpunkt allmählich erreicht zu sein. Im Euroraum ist die zyklische Wende inzwischen ebenfalls vollzogen worden, das Wirtschaftsklima stieg wieder. Auch hier hatte die Geldpolitik im vergangenen Jahr die monetären Zügel gelockert, wenngleich bei weitem nicht so stark wie in den USA. Die Finanzpolitik beschränkte sich lediglich darauf, die konjunkturbedingte Ausweitung der staatlichen Budgetdefizite hinzunehmen.

Die deutsche Wirtschaft ist im laufenden Jahr noch nicht auf eine deutlich höhere Tourenzahl gekommen. Die konjunkturelle Lage ist von großer Labilität geprägt, die Erholung nicht gefestigt. Impulse hat die Wirtschaft bisher primär aus dem Ausland erhalten; insbesondere die Hersteller von Vorleistungs- und Investitionsgütern haben hiervon profitiert. Die Inlandsbestellungen sind erst im April wieder gestiegen; das allerdings auf breiter Front. Parallel hierzu hat auch die Industrieproduktion spürbar angezogen. Im Mai gab es wieder einen Rückschlag, der wohl im Zusammenhang mit den Arbeitskämpfen der Tarifrunde stand. Der Einzelhandel hat auch im zweiten Vierteljahr die Vorjahresumsätze verfehlt; im Vergleich mit dem ersten Quartal zeigte sich aber eine leichte Aufwärtstendenz. Insgesamt hat sich das Verbraucherverhalten noch nicht wieder normalisiert. Der ifo Geschäftsklimaindex für das verarbeitende Gewerbe, das in Deutschland der „Cyclemaker“ ist, fiel im Juli zum ersten Mal seit vergangenem Herbst wieder zurück. Sollte es zu einer weiteren signifikanten Eintrübung des Geschäftsklimas kommen, müsste sogar mit einem Stocken des Aufschwungs gerechnet werden. Zusätzliche Risiken für die Konjunktur gehen von den Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten im Gefolge der Bilanzmanipulationen in den USA aus; auch eine weitere kräftige Aufwertung des Euro könnte die hier vorgelegte Prognose gefährden.

Trotz der nicht unbeträchtlichen weltwirtschaftlichen und auch hausgemachten Risiken stehen nach unserer Einschätzung aber auch in Deutschland die Konjunkturampeln per saldo nicht mehr auf rot, der Aufschwung ist, wenn auch sehr zögerlich, unterwegs. Im zweiten Quartal dürfte das Tempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion noch sehr verhalten gewesen sein. Im Vorquartalsvergleich dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt – auf Jahresrate hochgerechnet – lediglich um 1 3/4 % zugenommen haben, und damit kaum stärker als im langjährigen Trend. Die Beschleunigung gegenüber dem ersten Vierteljahr (auf Jahresrate 0,7 % gegenüber dem vierten Quartal 2001) resultiert daraus, dass sowohl der private Konsum als auch die Investitionen wohl nicht mehr gesunken sind, und auch die Lagerbestände nicht noch einmal so stark abgebaut wurden. Die Kräftigung der Binnennachfrage im Vorquartalsvergleich dürfte den deutlich sinkenden Effekt des Außenbeitrags mehr als kompensiert haben.

Ausblick: Chancen für einen neuen Aufschwung weiter vorhanden

Für die Prognose wird unterstellt, dass die Geldpolitik die monetären Zügel allenfalls leicht strafft und die

[1] *Zusammenfassung der ifo Konjunkturprognose von Juli 2002. Vgl. W. Nierhaus u. a., Prognose 2002/2003: Chancen für einen neuen Aufschwung, in: ifo Schnelldienst, 15/2002, S. 3 ff.*

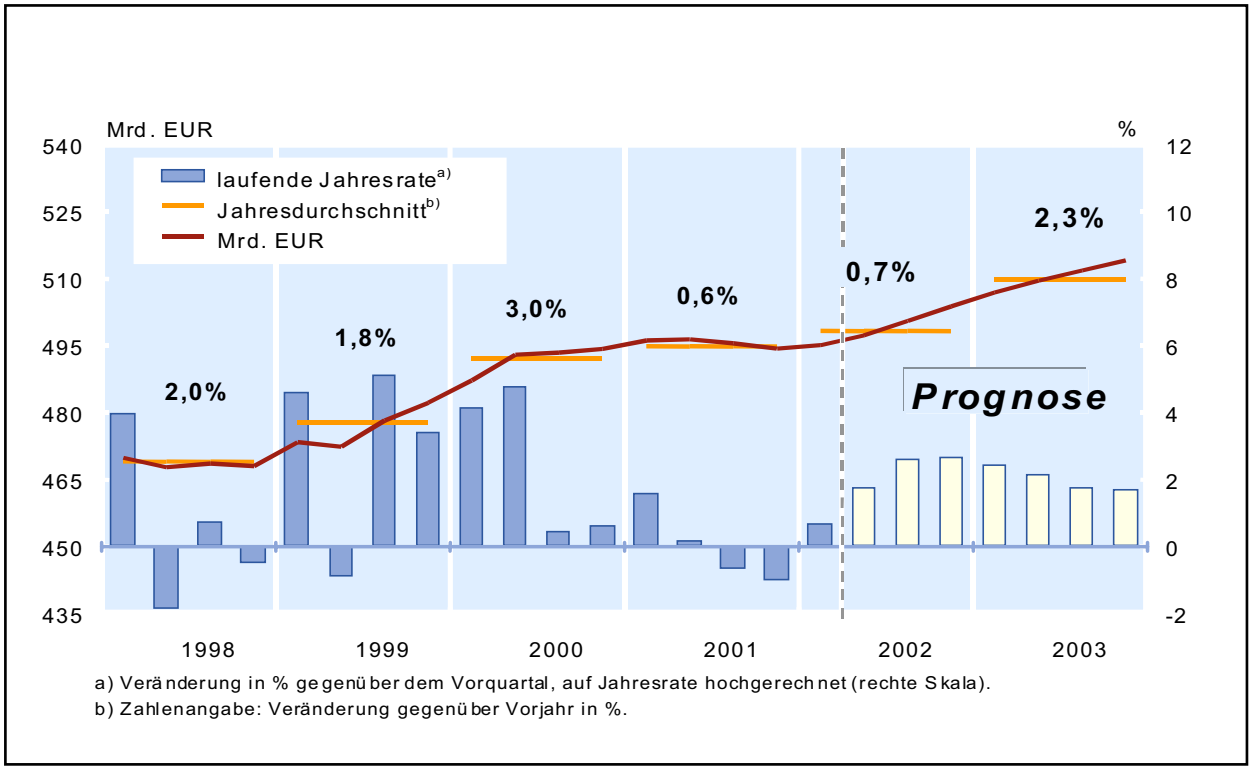
Europäische Zentralbank die Leitzinsen im kommenden Winterhalbjahr bei sich festigendem Aufschwung um einen viertel Prozentpunkt anhebt. Der Euro hat im laufenden Jahr gegenüber dem US-Dollar und anderen Währungen merklich an Wert gewonnen. Hier wird mit einer weiteren leichten realen Aufwertung des Euro gerechnet. Zusammengenommen werden die monetären Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum schlechter. Die deutsche Finanzpolitik wird, trotz der Entlastungen im Rahmen der zweiten Stufe der „Steuerreform 2000“, die am Jahresanfang 2003 in Kraft tritt, zunehmend restriktiv wirken. Die Lohnpolitik hat in diesem Jahr den Kurs der Lohnzurückhaltung aufgegeben; in wichtigen Tarifbereichen kam es zu Abschlüssen, die nicht beschäftigungsförderlich sind. Für die Prognose wird erwartet, dass die Tariflöhne im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in diesem und im nächsten Jahr um rund 3 % steigen.

Erst in der zweiten Jahreshälfte wird die deutsche Konjunktur wieder fester Tritt fassen. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2002 allerdings nur um 0,7 % steigen; die niedrige Wachstumszahl folgt aus dem niedrigen Niveau zu Jahresbeginn (vgl. Abb. 1). Für das nächste Jahr wird eine Rate von 2,3 % veranschlagt; der Aufschwung gewinnt an Breite und Tiefe. Allerdings wird das konjunkturelle Tempo – von Quartal zu Quartal betrachtet – bereits wieder langsamer, weil die anregenden Impulse seitens der Weltwirtschaft schwächer werden und die geldpolitischen Zügel etwas straffer sind. Außerdem dürfte die Finanzpolitik die Haushaltskonsolidierung vorantreiben.

Impulse werden insbesondere von der Exportwirtschaft ausgehen, die von der Belebung der Auslandskonjunktur insbesondere in den USA und in Europa profitiert. Die größte Dynamik wird im Winter-

Abb. 1

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
– Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf –



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts (Juli 2002).

halbjahr 2002/2003 zu verzeichnen sein, danach dürfte das Expansionstempo mit der sich etwas abschwächenden Weltkonjunktur wieder etwas kleiner werden. Auch wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wegen der hier unterstellten weiteren leichten realen Aufwertung des Euro allmählich graduell verschlechtern.[2] Allerdings wird der überwiegende Teil des deutschen Außenhandels inzwischen in der europäischen Einheitswährung fakturiert und unterliegt damit keinem nominalen Wechselkursrisiko mehr. Im Jahresergebnis 2002 wird mit einem Exportzuwachs in Höhe von 3,4 % gerechnet; im nächsten Jahr mit 5,9 %.

Die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen werden nach dem scharfen Rückgang im vergangenen Jahr langsam wieder steigen. Befördert wird der moderate Investitionsaufschwung von den verbesserten außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, auch sind die Gewinnperspektiven wieder günstiger. Zudem dürften bisher zurückgestellte Ersatzinvestitionen realisiert werden. Das Vorjahresergebnis wird im laufenden Jahr aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus jedoch noch nicht erreicht werden (–3,4 %). Erst im nächsten Jahr ist bei deutlich steigender Kapazitätsauslastung wieder mit einer positiven Zuwachsrate zu rechnen (6,3 %).

Bei den Bauinvestitionen dürfte die Talfahrt allmählich auslaufen; potenzielle streikbedingte Ausfälle dürften in der zweiten Jahreshälfte nachgeholt werden. Eine durchgreifende Wende zum Besseren ist aber im Prognosezeitraum noch nicht in Sicht. Beim Wohnungsbau dämpft in diesem Jahr die Arbeitsplatzunsicherheit vieler privater Investoren, im nächsten Jahr werden zudem Kürzungen im Zuge der Haushaltskonsolidierung zu Buche schlagen. Der Wirtschaftsbau hingegen wird parallel zur Besserung der Konjunktur an Fahrt gewinnen. Stützend wirkt zudem der hohe Bestand an bereits genehmigten Objekten, die noch nicht in Angriff genommen wurden. Die öffentlichen Bauinvestitionen werden im gesamten Prognosezeitraum infolge der stark angespannten Haushaltslage der Gebietskörperschaften rückläufig sein. Insgesamt werden die Bauinvestitionen im Durchschnitt des Jahres 2002 nochmals sinken (–0,6 %); im nächsten Jahr könnten sie annähernd stagnieren.

Der private Konsum, der außerordentlich schlecht in das laufende Jahr gestartet ist, dürfte sich allmählich wieder normalisieren. Die Kaufzurückhaltung aufgrund der Verunsicherung im Gefolge der Euro-Einführung wird auslaufen; die Rückkehr zum normalen „Konsumniveau“ führt allein bereits zu einem Anstieg der Verbrauchsausgaben. Auch wird der Arbeitsmarkt ab dem Herbst nicht mehr schlechter. Ihr Vorjahresniveau werden die realen Konsumausgaben aber im laufenden Jahr voraussichtlich nicht übertreffen können. Mit größeren dämpfenden Vermögenseffekten auf den privaten Verbrauch aufgrund der Kursverluste wird nicht gerechnet, ein gleichgerichteter Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Börsenkurse und der Entwicklung des privaten Konsums oder des Einzelhandels ist für Deutschland statistisch nicht nachweisbar. Erst im kommenden Jahr dürften sich die Konsumperspektiven wieder stärker aufhellen. Der Anstieg der Beschäftigtenzahlen wirkt sich positiv auf die Expansion der Bruttolöhne und -gehälter aus; die Nettolöhne profitieren zudem von der zweiten Stufe der „Steuerreform 2000“ (vgl. Übersicht 1). Allerdings werden die monetären Sozialleistungen nicht zuletzt wegen der hier eingestellten zusätzlichen Sparmaßnahmen weniger rasch als im laufenden Jahr steigen. Insgesamt dürften die realen Konsumausgaben bei nahezu unveränderter Sparquote um 1,8 % zunehmen.

Das Preisklima, das sich am Jahresanfang durch merkliche Steueranhebungen und die witterungsbedingte Verteuerung von Nahrungsmitteln spürbar verschlechtert hatte, hat sich zuletzt wieder gebessert. Im Juli betrug die Inflationsrate lediglich 1,0 %; Deutschland zählt damit inzwischen wieder zu den Euro-Ländern mit annähernder Preisniveaustabilität. Von der Einführung des Euro-Bargelds am Jahresanfang sind erwartungsgemäß keine größeren

[2] *Auf kurze Sicht wirkt sich eine Verschlechterung der deutschen Wettbewerbsposition im Dollar-Raum nur wenig aus, da erfahrungsgemäß ein beträchtlicher Teil der Ausfuhr gegen Wechselkursrisiken abgesichert ist.*

Übersicht 1

Steuerliche Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich private Haushalte

	1998[a)]	1999[a)]	2000[a)]	2001[a)]	2002	2003	2005
Grundfreibetrag (in EUR)	6.322	6.681	6.902	7.206	7.235	7.426	7.664
Eingangssteuersatz (in %)	25,9	23,9	22,9	19,9	19,9	17,0	15,0
Allgemeiner Spitzensteuersatz (in %)	53,0	53,0	51,0	48,5	48,5	47,0	42,0
Solidaritätszuschlag (in %)	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Spitzensteuersatz mit Solidaritätszuschlag (in %)	55,92	55,92	53,81	51,17	51,17	49,59	44,31
Beginn der oberen Proportionalzone	61.377	61.377	58.643	54.999	55.008	52.293	52.152
Steuerersparnis [b)] gegenüber 1998 (in EUR) bei einem zu versteuernden Einkommen							
von 15.000 EUR	-	111	283	525	534	695	845
von 30.000 EUR	-	72	283	703	707	871	1193
von 50.000 EUR	-	22	29	745	751	909	2095
nachrichtlich:							
Sparerfreibetrag (in EUR)	3.068	3.068	1.534	1.534	1.550	1.550	1.550
Kinderfreibetrag[c)] (in EUR)	3.534	3.534	3.534	3.534	3.648	3.648	3.648
Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren[c)] (in EUR)	-	-	1.546	1.546	-	-	-
Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung[c)] (in EUR)	-	-	-	-	2.160	2.160	2.160
Kindergeld für das erste und zweite Kind pro Monat (in EUR)	112	128	138	138	154	154	154

a) DM-Beträge umgerechnet und auf ganze EUR-Beträge gerundet. - b) Jahreswerte nach Grundtabelle, ohne Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags. - c) Unter Anrechnung des Kindergelds.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des ifo Instituts.

Wirkungen auf das gesamte Preisniveau ausgegangen. Zwar kam es bei bestimmten Dienstleistungen zu spürbaren Preiserhöhungen; der Effekt auf den gesamten Verbraucherpreisindex (dessen Warenkorb ja auch die weitestgehend korrekt umgestellten Mieten und viele Gebrauchsgüter mit sinkenden Preisen enthält) blieb jedoch begrenzt. Die Kerninflationsrate[3] war im ersten Halbjahr 2002 mit 1,9 % nur wenig höher als im vergangenen Jahr (1,6 %). Im Prognosezeitraum wird das ruhige Preisklima anhalten; nicht zuletzt befördert durch die graduelle Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, die importierte Waren und Dienstleistungen aus dem Dollarraum verbilligt. Bei insgesamt verhaltener Verbrauchskonjunktur werden zudem die Preiserhöhungsspielräume klein bleiben. Im Jahresdurchschnitt 2002 dürfte sich die Inflationsrate auf 1,5 % belaufen; im Jahr 2003 auf 1,4 %.

[3] *Die Preise von Energieträgern (Kraftstoffe, Heizöl sowie Gas) und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.*

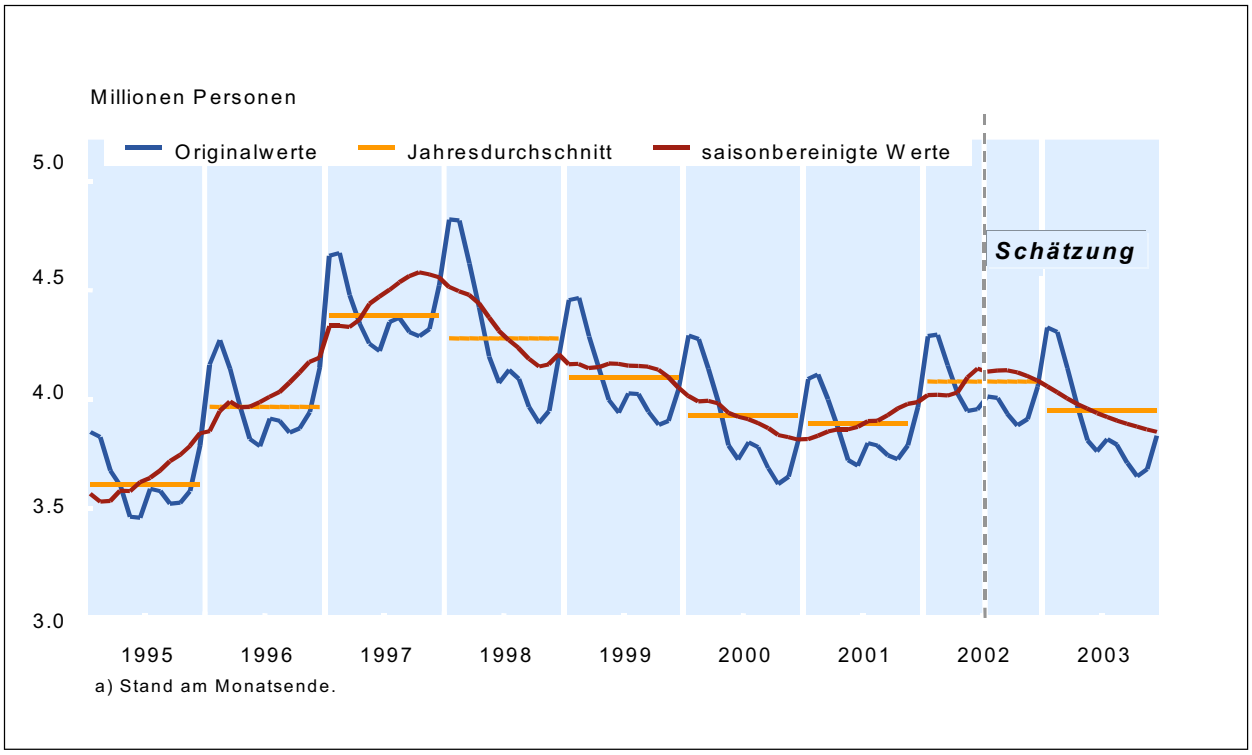
Für den Arbeitsmarkt bedeutet die Revision der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Frühjahrsgutachten nach unten nichts Gutes: Der konjunkturelle Tiefpunkt in der Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes ist noch nicht erreicht, die Zahl der Arbeitslosen stagnierte monatelang mehr oder weniger auf einem Niveau von – saisonbereinigt – knapp 4 Millionen und übertraf diese psychologisch wichtige Schwelle im Mai und Juni deutlich. Auch in den nächsten Monaten ist saisonbereinigt mit einer Arbeitslosenzahl über 4 Millionen zu rechnen, und erst in den Herbstmonaten – wenn der Wirtschaftsaufschwung an Tempo und Breite zugenommen hat – mit einer allmählich sinkenden Tendenz. Im Jahresdurchschnitt 2002 dürfte die Arbeitslosenzahl mit 4,035 Mill. um mehr als 180.000 höher sein als im Jahr 2001 (vgl. Abb. 2). Die Reformen auf dem Arbeitsmarkt (Job-Aktiv-Gesetz, bundesweite Einführung des sog. Mainzer Modells, Einschaltung privater Vermittler) haben also noch keine durchgreifenden Erfolge erzielt. So sind im ersten Halbjahr 2002 nur 162 Job-Rotationen gefördert worden, und von den im April eingeführten Vermittlungsgutscheinen wurden bisher nur 1.236 eingelöst.

Nach der Bundestagswahl sind von allen politischen Parteien weitere Reformen geplant. Zwar lassen sich die Details eventueller Neuregelungen noch nicht absehen, doch ist auf jeden Fall eine Forcierung der Vermittlungstätigkeit zu erwarten. Deshalb wird sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahr 2003 zwar beschleunigen, mit rund 3,9 Mill. registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt bleibt die Zahl aber immer noch erschreckend hoch und die Arbeitslosenquote – bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen – beträgt 9,2 % (2002: 9,5 %).

Angesichts der nur langsam in Fahrt kommenden Konjunktur wird die Erwerbstätigkeit im dritten Quartal dieses Jahres die Talsohle erreichen, wenn sich der Beschäftigungsabbau im sekundären Sektor wegen der beschleunigt zunehmenden Produktionstätigkeit

Abb. 2

Entwicklung der Arbeitslosigkeit[a)] in Deutschland



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juli 2002).

soweit verlangsamt, dass er vom weiter expandierenden tertiären Sektor kompensiert werden kann. Im Jahresdurchschnitt 2002 wird die Erwerbstätigenzahl, die in den Jahren 1998 bis 2001 durchwegs gestiegen war (um insgesamt mehr als 1,5 Mill.), um ca. 140.000 oder umgerechnet 0,4 % sinken. Noch stärker, nämlich um 1 %, nimmt das geleistete Arbeitsvolumen ab, was zum einen daran liegt, dass die Kurzarbeit kräftig ausgeweitet wird (von 123.000 im Jahr 2001 auf mehr als 200.000 im laufenden Jahr), zum anderen am anhaltenden Trend zur traditionellen Teilzeitbeschäftigung. Die Zahl der Personen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, die im Zusammenhang mit der gesetzlichen Neuregelung zum 01.04.1999 rapide gestiegen war, nimmt hingegen schon seit Ende 2000 nicht mehr weiter zu.

Im kommenden Jahr wird die Erwerbstätigenzahl zügig steigen, im Jahresverlauf um reichlich eine Viertelmillion, im Jahresdurchschnitt um rund 180.000 (0,5 %). Getragen wird der Beschäftigungsaufbau von den Unternehmen des Dienstleistungssektors, aber auch das verarbeitende Gewerbe wird von Quartal zu Quartal mehr und mehr zu dieser Entwicklung beitragen. Personalreduzierungen wird es weiterhin im Baugewerbe geben – mit gegenüber 2002 reduziertem Ausmaß –, und im Staatssektor, hier sogar wegen des notwendigen Sparkurses verstärkt.

Die Staatseinnahmen sind im vergangenen Jahr kräftig gesunken. Als Folge von Steuerreform und Konjunkturflaute war das Steueraufkommen massiv rückläufig. Gleichzeitig stiegen die Staatsausgaben (bereinigt um die UMTS-Erlöse im Jahr 2000) etwa im Ausmaß des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Dadurch erhöhte sich die Defizitquote auf 2,7 % des Bruttoinlandsprodukts und kam damit dem für die Euro-Länder festgelegten Höchstwert von 3 % gefährlich nahe.

Weil das deutsche Stabilitätsprogramm vom Oktober 2000 eine Defizitquote von nur 1 1/2 % vorgesehen hatte und die Schätzungen für das Defizit im Jahr 2002 keine Verbesserung signalisierten, drohte der Bundesregierung eine finanzpolitische Frühwarnung („blauer Brief“) aus Brüssel. Um diese abzuwenden, sagte die Bundesregierung zu, die Konsolidierungsbemühungen so zu verstärken, dass im Jahr 2004 eine Defizitquote von „nahezu null“ erreicht wird.

Im Finanzplanungsrat wurde daraufhin für die Gebietskörperschaften ein Ausgabenpfad für die nächsten Jahre vereinbart, um die Zusage einhalten zu können. Nach diesem nationalen Stabilitätspakt sollen die Ausgaben des Bundes 2003 und 2004 um jeweils 1/2 % sinken, die Ausgaben der Länder und Gemeinden um durchschnittlich nur 1 % pro Jahr steigen. Diese Vorgaben machen zusätzliche Sparmaßnahmen gegenüber dem Status quo erforderlich, die wohl alle größeren Ausgabenkategorien erfassen werden.

Im Prognosezeitraum wird für 2002 noch keine Entspannung der prekären Situation erwartet. Zwar steigen die Einnahmen wieder schneller als 2001, weil zum einen die Steuereinnahmen nach Anhebung von Öko-, Tabak- und Versicherungsteuer, der Fortentwicklung des Unternehmensteuerrechts und der wieder voll greifenden Progression bei der Lohnsteuer kräftiger sprudeln. Zum anderen nehmen auch die Sozialversicherungsbeiträge stärker zu, weil viele Krankenkassen ihre Beitragssätze erhöhten und der Rentenversicherungsbeitrag – anders als in den Jahren 1999 bis 2001 – nicht noch einmal gesenkt wurde.

Auf der Ausgabenseite stehen dem aber Belastungen gegenüber durch höhere Transfers, weiter steigende Sachausgaben in der Sozialversicherung (insbesondere Krankenversicherung) und zunehmende Zinsausgaben. In erster Linie sind hier die Transferzahlungen im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit zu nennen, die kräftig zunehmen. So dürfte zum Ausgleich des Defizits der Bundesanstalt für Arbeit ein Bundeszuschuss von 3 1/2 bis 4 Mrd. Euro nötig sein, statt der im Haushalt veranschlagten 2 Mrd. Euro, auch die Ausgaben für die Arbeitslosenhilfe werden um reichlich 1 Mrd. Euro über den geplanten Zahlungen liegen. Insgesamt wird das Finanzierungsdefizit des Staates auf rund 60 Mrd. Euro steigen, was in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 2,8 % sind. Der Staat hat also keinen Spielraum, um mit zusätzlichen Ausgaben eventuellen Konjunkturschwächen entgegenzuwirken.

Erst 2003 wird die Defizitquote deutlich sinken, sie

Tab. 1

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2000	**2001**	**2002** (1)	**2003** (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr[a)]				
Private Konsumausgaben	1,4	1,1	0,0	1,8
Konsumausgaben des Staates	1,2	1,7	1,2	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	2,3	-4,8	-1,9	2,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	8,7	-3,6	-3,4	6,3
Bauten	-2,5	-5,8	-0,6	-0,2
Inländische Verwendung	2,0	-1,0	-0,9	2,6
Exporte	13,2	4,7	3,4	5,9
Importe	10,0	0,1	-1,2	7,3
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3,0	0,6	0,7	2,3
Westdeutschland und Berlin	3,3	0,6	0,7	2,3
Ostdeutschland	1,0	-0,1	0,3	2,1
Erwerbstätige Inländer (1.000 Personen)	38.636	38.703	38.563	38.743
Westdeutschland und Berlin[b)]	32.367	32.540	32.473	32.648
Ostdeutschland[b)]	6.269	6.163	6.090	6.095
Arbeitslose (1.000 Personen)	3.889	3.852	4.035	3.910
Westdeutschland und Berlin	2.645	2.593	2.755	2.650
Ostdeutschland	1.244	1.259	1.280	1.260
Arbeitslosenquote[c)] (in %)	9,1	9,1	9,5	9,2
Westdeutschland und Berlin	7,6	7,4	7,8	7,5
Ostdeutschland	16,6	17,0	17,4	17,1
Verbraucherpreise[d)] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,9	2,5	1,4	1,3
Lohnstückkosten[e)] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	-0,2	1,2	1,4	0,9
Finanzierungssaldo des Staates[f)]				
- in Mrd. EUR[g)]	23,9	-56,3	-60,0	-40,0
- in % des Bruttoinlandsproduktes[g)]	1,2	-2,7	-2,8	-1,8
Nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA[h)]	4,1	1,2	2,4	3,0
Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan[h)]	2,2	-0,5	0,4	1,6
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraumh)	3,5	1,4	1,0	2,5
Verbraucherpreisindex im Euroraum[h)i)]	2,3	2,5	2,0	1,8

1) Prognose des ifo Instituts. - a) In Preisen von 1995. - b) Pendlersaldo ab 2001 geschätzt. - c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). - d) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. - e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. - f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). - g) Im Jahr 2000 einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen in Höhe von 50,81 Mrd. EUR. - h) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr. - i) HVPI-EWU.

Quellen: BEA, ESRI, Eurostat, Statistisches Bundesamt, AK VGR der Länder, Bundesanstalt für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

dürfte bei 1,8 % des Bruttoinlandsproduktes liegen. Unter der Voraussetzung, dass die erwarteten Sparmaßnahmen durchgeführt werden – so ist unterstellt, dass die Bundesanstalt für Arbeit ohne Bundeszuschuss auskommt –, steigen die Ausgaben im kommenden Jahr um 1,3 %, und damit deutlich langsamer als das Bruttoinlandsprodukt. Die Staatsquote sinkt um knapp einen Prozentpunkt auf 47,5 %. Die Einnahmen nehmen bei wieder anziehender Konjunktur um 3,4 % zu. Überdurchschnittlich steigen insbesondere die Gewinnsteuern, doch auch die Lohnsteuer der Arbeitnehmer erhöht sich trotz der nächsten Stufe der „Steuerreform 2000“ stärker als im laufenden Jahr, weil die Beschäftigung wieder zunimmt und die Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer kräftiger expandieren.

Exkurs: Ostdeutschland

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland ist seit einigen Jahren sehr unbefriedigend. Letztmals im Jahr 1997 war das Wirtschaftswachstum im Osten größer als im Westen. Insbesondere die Strukturanpassungskrise in der ostdeutschen Bauwirtschaft sorgte seitdem dafür, dass sich die Schere zwischen den beiden Teilen des Landes wieder öffnete, denn in allen Wirtschaftsbereichen ohne das Baugewerbe stieg die reale Bruttowertschöpfung von 1997 bis 2001 mit durchschnittlich 3,0 % p. a. spürbar schneller als in den alten Ländern (2,5 % p. a.) – einschließlich Baugewerbe betragen die durchschnittlichen Veränderungsraten der realen Bruttowertschöpfung in diesem Zeitraum dagegen 1,4 % bzw. 2,4 %.

Das reale Bruttoinlandsprodukt in den neuen Bundesländern dürfte mit 0,3 % im laufenden Jahr und 2,1 % im kommenden Jahr erneut etwas langsamer als in Westdeutschland (einschließlich Berlin) steigen (0,7 % bzw. 2,3 %; vgl. Tab. 2). Weit überdurchschnittlich expandiert in Ostdeutschland, wie schon seit ein paar Jahren, das verarbeitende Gewerbe. Die Schwäche der Industriekonjunktur führte hier – anders als in Westdeutschland – nicht zu scharfen Produktionseinbrüchen, sondern lediglich zu einem flacheren Wachstumspfad. In diesem Bereich rechnen wir mit einem Anstieg der Bruttowertschöpfung um 2 % (2002) und um 7 % (2003). Bremsend wirkt weiter die Bautätigkeit, wenngleich das Minus mit 5 % in diesem und 3,5 % im kommenden Jahr wesentlich geringer als 2001 (11,5 %) ausfällt. Angesichts der ohnehin sehr angespannten Finanzlage und der für das Jahr 2003 – hier erwarteten – noch verstärkten Konsolidierungsanstrengungen wird die Beschäftigung im Bereich der öffentlichen Dienstleister weiter sinken, deswegen ist in diesem Sektor ein leichter Rückgang der Wertschöpfung zu erwarten. Angesichts deutlich steigender Realeinkommen und nicht mehr sinkender Beschäftigung wird sich die Nachfrage bei den mehr konsumorientierten Dienstleistungssparten im Jahr 2003 spürbar erhöhen. In diesen Bereichen blieb die Expansion in den Jahren seit 2000 in den neuen Ländern deutlich hinter der im früheren Bundesgebiet zurück, worin sich wohl auch die gegenläufige Bevölkerungsentwicklung widerspiegelt.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich im Jahr 2002 in den neuen Bundesländern nochmals, die Erwerbstätigkeit erreicht das niedrigste Niveau seit der Wiedervereinigung, die Arbeitslosigkeit den höchsten Wert. Besonders im produzierenden Gewerbe gehen erneut Arbeitsplätze verloren. Auch die öffentlichen und privaten Dienstleister reduzieren ihre Belegschaften. Der einzige große Wirtschaftssektor, der seine Beschäftigung ausweitet, ist der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister. Anders als in den Wahljahren 1994 und 1998 wurde das Beschäftigungsniveau nicht durch eine rasante Ausweitung von Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen kurzzeitig erhöht. Zur Jahresmitte 2002 waren sogar knapp 12.000 Personen weniger in ABM bzw. SAM als zu Jahresbeginn, die Vergleichszahlen lauten +66.000 (1994) und +150.000 (1998). Insgesamt sinkt die Erwerbstätigenzahl im Inland im Jahresdurchschnitt um etwa 85.000 (1,4 %; vgl. Tab. 3).

Bei wieder stärkerem Wirtschaftswachstum werden sich im kommenden Jahr die Beschäftigungszuwächse in einigen Branchen (wie verarbeitendes Gewerbe und Unternehmensdienstleister) und die Arbeitsplatzverluste in anderen (z. B. Baugewerbe und Staat) etwa kompensieren. Angesichts des Unterhangs zum Jahreswechsel 2002/2003 bedeutet

Tab. 2

Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in West- und Ostdeutschland

– nach Wirtschaftsbereichen –

Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt	**2001**			**2002**			**2003**		
in Preisen von 1995	**Dtld.**	**West[a)]**	**Ost[b)]**	**Dtld.**	**West[a)]**	**Ost[b)]**	**Dtld.**	**West[a)]**	**Ost[b)]**
Veränderung gegenüber Vorjahr in %									
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1,2	-0,9	8,6	-0,2	-0,4	0,6	-0,2	-0,8	1,7
Produzierende Gewerbe	-1,3	-1,3	-1,7	-0,8	-0,8	-0,4	3,1	3,1	3,2
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	0,1	-0,3	5,3	-0,7	-0,9	2,0	4,3	4,0	7,0
Baugewerbe	-6,6	-5,2	-11,5	-1,6	-0,7	-5,0	-0,7	0,0	-3,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	2,3	2,3	2,5	2,1	2,2	1,4	4,0	4,0	4,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	2,9	3,0	2,0	3,3	3,3	3,2	3,6	3,6	3,7
Öffentliche und private Dienstleister	0,4	0,7	-1,2	-0,1	0,0	-0,7	-0,8	-0,8	-0,8
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	1,0	1,1	0,3	1,2	1,2	0,8	2,6	2,7	2,4
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,6	-0,1	0,7	0,7	03	2,3	2,3	2,1
a) Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin. - b) Neue Bundesländer ohne Berlin.									

Quellen: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Volkswirtschafliche Gesamtrechnung der Länder, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Tab. 3

Erwerbstätigkeit in West- und Ostdeutschland

– nach Wirtschaftsbereichen –

	2001			**2002**			**2003**		
	Dtld.	**West[a)]**	**Ost[b)]**	**Dtld.**	**West[a)]**	**Ost[b)]**	**Dtld.**	**West[a)]**	**Ost[b)]**
Veränderung gegenüber Vorjahr in %									
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-2,3	-1,1	-6,6	-0,4	-0,5	-0,1	-0,5	-0,8	0,5
Produzierende Gewerbe	-1,6	-0,9	-5,4	-2,9	-2,7	-3,9	-0,7	-0,6	-1,4
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	0,3	0,3	0,4	-2,7	-2,8	-1,4	-0,1	-0,3	2,0
Baugewerbe	-6,5	-4,3	-11,9	-3,4	-2,1	-7,1	-2,6	-1,6	-5,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	0,3	0,5	-1,0	-0,1	0,3	-2,7	1,3	1,5	0,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	3,4	3,5	2,4	3,3	3,3	3,3	3,5	3,6	3,5
Öffentliche und private Dienstleister	0,4	0,7	-0,7	0,0	0,0	-0,3	-0,7	-0,8	-0,6
Alle Wirtschaftsbereiche	0,2	0,6	-2,0	-0,4	-0,2	-1,4	0,5	0,6	-0,1
a) Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin. - b) Neue Bundesländer ohne Berlin.									

Quellen: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Volkswirtschafliche Gesamtrechnung der Länder, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

das eine langsame Ausweitung der Erwerbstätigenzahl im Jahresverlauf.

Die Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland (ohne Berlin) hat sich im bisherigen Jahresverlauf sehr ungünstig entwickelt. Auch wenn man Sondereffekte in den letzten beiden Monaten wie Arbeitskämpfe und Ferientermine berücksichtigt, bleibt die negative Tendenz bestehen. Im Durchschnitt des Jahres 2002 dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen in den neuen Bundesländern bei 1,28 Mill. liegen; sie wird damit um reichlich 20.000 höher sein als im vergangenen Jahr (vgl. Tab. 4).[4] Dieser Anstieg ist erheblich geringer als die Abnahme der Erwerbstätigenzahl, weil das Erwerbspersonenpotenzial rückläufig ist. Mit der zunehmenden Belebung der Produktionstätigkeit wird die Arbeitslosenzahl im Jahr 2003 wieder sinken und zwar um ca. 20.000.

Ausgewählte Indikatoren zur Konvergenz

Das Zurückbleiben der neuen Bundesländer im Wirtschaftswachstum seit 1998 im Vergleich zum früheren Bundesgebiet hat die Hoffnung auf ein rasches Aufholen zunichte gemacht. In den vergangenen vier Jahren ist das reale Bruttoinlandsprodukt in Westdeutschland (einschließlich Berlin) durchschnittlich um 1 % p. a. stärker gewachsen. Statt aufzuholen, fielen die neuen Bundesländer also wieder zurück. Stellt man, wie es bei Querschnittsvergleichen üblich ist,[5] die Wirtschaftskraft einer Region durch die Größe (nominales) Bruttoinlandsprodukt je Einwohner dar, so lassen sich zwei Phasen nach der Wiedervereinigung unterscheiden: In den ersten fünf Jahren verringerte sich der Abstand in der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung zwischen den beiden Teilen Deutschlands rasch; von einem Ausgangswert in Höhe von 33,4 % (des Westniveaus) im Jahr 1991 stieg die Wirtschaftskraft in den neuen Ländern bis 1996 auf 61,7 %. In den folgenden fünf Jahren stagnierte dann aber der Aufholprozess, die Ost-/West-Relation lautete im Jahr 2001 ebenfalls 61,7 % (vgl. Tab. 5).

Erheblich günstiger – aus der Sicht der ostdeutschen Bevölkerung – verlief seit der Wiedervereinigung die Konvergenz der Relationen der verfügbaren Pro-

Tab. 4

Arbeitsmarktentwicklung in West- und Ostdeutschland

	2001			2002			2003		
	Dtld.	West[a)]	Ost[b)]	Dtld.	West[a)]	Ost[b)]	Dtld.	West[a)]	Ost[b)]
Veränderung gegenüber Vorjahr in %									
Erwerbstätige im Inland (1.000 Pers.)	38.773	32.974	5.799	38.633	32.918	5.715	38.815	33.105	5.710
Pendlersaldo (1.000 Personen)[c)]	-70	-434	364	-70	-445	375	-72	-457	385
Erwerbstätige Inländer (1.000 Pers.)	38.703	32.540	6.163	38.563	32.473	6.090	38.743	32.648	6.095
Arbeitslose (1.000 Personen)	3.852	2.593	1.259	4.035	2.755	1.280	3.910	2.650	1.260
Arbeitslosenquote[d)] (in %)	9,1	7,4	17,0	9,5	7,8	17,4	9,2	7,5	17,1

a) Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin. - b) Neue Bundesländer ohne Berlin. - c) Ab 2001 geschätzt. - d) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Volkswirtschafliche Gesamtrechnung der Länder, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

[4] *Die von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichte Zahl dürfte bei ca. 1,415 Mill. und damit um mehr als 40.000 über dem Vorjahr liegen, weil dort der Ostteil Berlins mit den neuen Bundesländern zusammengefasst wird. Abgesehen davon, dass die Aussagefähigkeit dieser Zahl eingeschränkt ist, weil sich durch mehrere Umorganisationen der Arbeitsamtsbezirke in Berlin die regionale Zugehörigkeit einzelner Berliner Stadtteile in den letzten Jahren geändert hat, entspricht die hier vorgenommene Aufteilung auch der, die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Erwerbstätigenrechnung der Länder üblich ist.*

[5] *Bei Quervergleichen ist die Bewertung der Wirtschaftsleistung in Preisen der Berichtsperiode angemessen, weil sie die wirtschaftlichen Gegebenheiten der Regionen am besten wieder gibt. Vgl. S. Hauf, „Volkswirtschaftliche Lohnstückkosten und ihre Komponenten", in: Wirtschaft und Statistik, 8/1997, S. 523 ff.*

Tab. 5

Indikatoren für den wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
	Westdeutschland = 100										
Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Einwohner	33,4	41,2	50,8	57,2	59,6	61,7	62,2	61,5	62,0	61,1	61,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (in jeweiligen Preisen) je Einwohner	56,5	62,4	70,0	74,0	77,8	80,8	80,9	80,6	91,9	81,6	-
nachrichtlich: um Kaufkraftunterschiede bereinigt[a)]	74,0	72,8	77,5	81,4	85,5	88,1	88,0	87,3	89,0	88,9	-
Empfangene monetäre Sozialleistungen je Einwohner	94,3	103,8	111,7	108,6	110,7	113,5	118,7	120,0	121,5	122,5	-
Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Erwerbstätigen	34,9	48,3	59,4	64,2	65,0	67,0	68,0	67,7	68,3	68,9	70,6
darunter: im produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe[b)]	24,1	34,8	47,8	53,4	56,5	63,6	65,7	67,2	69,9	71,7	75,6
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	49,3	61,9	69,2	72,6	75,2	75,8	76,1	76,3	77,3	77,5	77,6
darunter: im produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe	38,7	52,5	57,5	65,2	68,3	69,3	68,9	69,1	69,3	69,0	69,4
Reale Lohnstückkosten[c)]	141,1	128,3	116,3	113,2	115,7	113,1	111,8	112,7	113,2	112,5	110,0
darunter: in produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe	160,9	150,9	120,3	122,1	120,9	109,1	104,9	102,9	99,2	96,3	91,9

a) berechnet aus dem geometrischen Mittel der Verbrauchergeldparitäten nach ostdeutschem bzw. westdeutschem Warenkorb von 1991. - b) Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen. - c) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt - bzw. die Bruttowertschöpfung - in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschafliche Gesamtrechnung der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Kopf-Einkommen. Standen hier im Jahr 1991 jedem Einwohner durchschnittlich 56 1/2 % des Westniveaus zur Verfügung, so stieg diese Relation zuletzt auf knapp 82 %.[6] Berücksichtigt man zusätzlich das unterschiedliche Preisniveau in den beiden Landesteilen, dann ist der Einkommensunterschied noch weiter geschrumpft: Die reale Kaufkraft des verfügbaren Einkommens je Einwohner lag in Ostdeutschland im Jahr 2000 durchschnittlich nur noch um 11 % unter derjenigen in Westdeutschland. Doch auch für diese Zeitreihe lässt sich ab dem Jahr 1996 Stagnation konstatieren.

Nach Einkommensarten differenziert, ergibt sich in nominaler Betrachtung folgendes Bild: Die Anpassung der ostdeutschen Tariflöhne an die westdeutschen ist schon sehr weit fortgeschritten. Ende 2001 lag der Durchschnittswert bei den Grundentgelten bei 91 1/2 %; seither wurden in einigen Tarifbereichen weitere Anpassungsschritte vereinbart (z. B. im öffentlichen Dienst von 88,5 % auf 90 % ab 01.01.2002 und auf 91,5 % ab 01.01.2003; bei der Deutschen Post von 97 % auf 100 % ab 01.01.2002, bei der Deutschen Bahn von 89 % auf 90 % ab 01.01.2002, in der chemischen Industrie Stufenerhöhungen von jeweils 2,8 % zum 01.10.2002 und 01.10.2003 als Angleichungsfaktor). De facto ist der Lohnab-stand aber noch deutlich größer, weil im Westen die Arbeitszeiten in vielen Branchen kürzer sind, weil Urlaubs- und Weihnachtsgelder höher sind

[6] *Amtliche Angaben zu den Einkommen nach einzelnen Bundesländern liegen nur bis zum Jahr 2000 vor.*

und weil mehr Arbeitnehmer diese Sonderzahlungen erhalten. Schließlich wird in den alten Bundesländern häufiger übertariflich entlohnt. Deshalb liegen die effektiven Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer in den ostdeutschen Bundesländern derzeit immer noch um mehr als 22 % unter den westdeutschen Werten.

Im Vergleich zur Arbeitsproduktivität[7], die bei knapp 71 % des Westniveaus liegt, sind die (realen) Lohnstückkosten in Ostdeutschland damit immer noch um 10 % höher sind als im Westen. Insofern haben die neuen Bundesländer – gesamtwirtschaftlich gesehen – weiterhin einen Kostennachteil. Ein Teil davon kann auf die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur zurückgeführt werden[8], denn im produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) sieht es günstiger aus: Hier sind die Lohnstückkosten inzwischen sogar um reichlich 8 % niedriger als im Westen, nachdem sie im Jahr 1995 noch um 21 % darüber lagen.

Auffallend ist schließlich, dass die Bürger in den neuen Bundesländern bereits seit 1992 im Durchschnitt höhere (Brutto-)Einkommen aus sozialen Transfers empfangen als Bewohner im früheren Bundesgebiet. Das resultiert im Wesentlichen aus den höheren öffentlichen Leistungen für Arbeitslose (zwar ist das durchschnittlich pro Arbeitslosen gezahlte Arbeitslosengeld niedriger als im Westen, die Arbeitslosenquote ist aber deutlich höher) und für die Ruheständler (im Osten sind die Erwerbsbeteiligung und auch die durchschnittlichen gesetzlichen Altersbezüge je Rentner schon seit Jahren höher als im Westen). Wenngleich die Abgaben auf Sozialleistungen[9] etwas höher als im früheren Bundesgebiet sein dürften, so verbleibt auch in der Nettobetrachtung doch ein Vorsprung für die Einwohner in den neuen Bundesländern.

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus

[7] *Hier gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen.*

[8] *Vgl. dazu W. Leibfritz, W. Nierhaus und W. Meister, „Wirtschaftsperspektiven 2001/2002 und Entwicklung in Ostdeutschland“, in: ifo Dresden berichtet 4/2001, S.26/27.*

[9] *Hier handelt es sich in erster Linie um Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge für Renten, die sowohl die Rentenversicherer als auch die Rentenbezieher zu zahlen haben sowie um Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge, die die Bundesanstalt für Arbeit für ihre Leistungsbezieher abführen muss.*